

Die radikale Rechte in Deutschland nach dem 7. Oktober

Ein Beispiel des politischen Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter

Nikolai Schreiter und Lars Rensmann

Die öffentliche Wahrnehmung der Positionierung der radikalen Rechten zu Antisemitismus wird in erheblichen Teilen von Mythen bestimmt – von der These, die radikale Rechte habe ihren politischen Antisemitismus durch andere Ressentiments ‚ersetzt‘, bis hin zur Behauptung, die heutige radikale Rechte sei ‚anti-antisemitisch‘ und ‚pro-israelisch‘. Dieser Artikel widmet sich der empirischen Analyse der Positionen der deutschen radikalen Rechten zum Terror der Hamas und anderer palästinensischer Terrororganisationen am 7. Oktober 2023 und untersucht, inwieweit hierbei Antisemitismus artikuliert und politisch mobilisiert wird. Unserer Leithypothese nach dienen Israel und der Konflikt im Nahen Osten trotz teils widersprüchlicher, ambivalenter und teils prima facie pro-israelischer politischer Positionierungen in allen Spektren der deutschen radikalen Rechten wesentlich als Projektionsfläche für eigene bzw. nationale politische Imaginationsen, wobei antisemitische Vorstellungen nicht nur zum Vorschein kommen, sondern vielfach auch politisch-ideologisch eingebunden und eingesetzt werden. Die Analyse radikal rechter Reaktionen auf den 7. Oktober widerspricht den in der Öffentlichkeit und der Publizistik weit verbreiteten Auffassungen, die deutsche radikale Rechte sei ‚pro-israelisch‘ oder gar ‚anti-antisematisch‘.

Als radikale Rechte wird hier basierend auf einer ideologianalytischen Einordnung das gesamte Spektrum antipluralistischer, illiberaler, antodemokratischer, autoritärer und nationalistischer Akteure, Parteien, Gruppen, Bewegungen und Demagog:innen (einschließlich Parlamentarier:innen einerseits, Influencer:innen andererseits) verstanden, die sich selbst als ‚rechts‘ oder ‚patriotisch‘ verstehen und die impliziten und expliziten universalistischen Grundlagen des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates ablehnen.

Im Folgenden wird zunächst kurz die Traditionslinie des insbesondere antizionistischen Antisemitismus der deutschen radikalen Rechten skizziert, die den ideologiegeschichtlichen Bedeutungshof aktueller Positionen

und Reaktionsweisen im heutigen postfaktischen Zeitalter (Rensmann 2025) bildet. Sodann wird der Fokus auf verschiedene Akteursgruppen der radikalen Rechten in Deutschland gerichtet, angefangen bei der Alternative für Deutschland (AfD) als deren heute mit Abstand politisch und elektoral bedeutendster Exponentin. Anschließend werden die Reaktionen der neonazistischen, offen staatsfeindlichen extremen Rechten analysiert, verglichen und politikwissenschaftlich eingeordnet.¹ Abschließend wird der heutige politische Antisemitismus der radikalen Rechten im Verhältnis zu den Geschehnissen am und nach dem 7. Oktober in der Gesamtschau in einem Fazit bewertet.

Antizionistischer Antisemitismus als Element der deutschen radikalen Rechten in historischer Langzeit-Perspektive

Der Antisemitismus als wahnhafte, verschwörungsideologische Welterklärung schließt nicht nur denklogisch fast notwendig, sondern auch empirisch den Antizionismus ein: Eugen Dühring schrieb bereits 1901 über eine „exotische Zionsgründung“, sie würde „der hebräischen Schlange [...] noch einen Extrakopf verschaffen“ und „nur eine Steigerung der Judenmacht bedeuten“ (Dühring 1901: 127; dazu Schreiter 2022a: 239f.). Bereits vor über 100 Jahren war Antizionismus ein Kernelement der nationalsozialistischen Bewegung. Man denke u. a. an das Buch des von den *Protokollen der Weisen von Zion* beeinflussten NS-Propagandisten Alfred Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus* (1922), oder Adolf Hitlers Ausführungen von 1920 dazu, dass der „ganze Zionistenstaat“ nichts werden solle als „die letzte vollendete Hochschule ihrer internationalen Lumpereien“, von der aus „alles dirigiert werden“ solle (zit. n. Phelps 1968: 406).² Derlei Motive sind eingebettet in eine moderne antisemitische Tradition, der zufolge ein jüdischer Staat nur die Zentrale der jüdischen Weltverschwörung sein könne und mit dem ‚Gegenvolk‘ der Juden, das in keinem Boden verwurzelt sei, kein richtiger Staat zu machen sei (Rensmann 2005: 158; Rensmann

1 Die analytische Abgrenzung der Akteursgruppen hat neben analytischer auch empirische Qualität, zugleich aber diffundieren diese Grenzen auch. Das verschwörungsideologische Milieu, das insbesondere aus den Coronaprotesten gestärkt hervorgegangen ist, weist inhaltliche und personelle Überschneidungen mit klassischeren Sektoren der extremen Rechten auf, und prominente Vertreter:innen der AfD kooperieren teils mit der Neuen Rechten oder sind Teil eines offen rechtsextremen Milieus.

2 Rosenberg betrachtete „alle Juden als Zionisten und Zionisten als Stellvertreter des gesamten Judentums“ (Nicosia 2012: 99).

2015). Die Phantasmagorie vom Zionismus als Agenten einer jüdischen Weltverschwörung war also schon lange vor dem Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zur Staatsmacht ein Eckpfeiler der NS-Ideologie und des modernen deutschen Rechtsradikalismus (Rensmann 2015).

Zum antisemitischen Antizionismus der Nationalsozialisten weit vor der Shoah und der Staatsgründung Israels 1948 gesellten sich danach Denkfiguren, die Schuldabwehr, Täter-Opfer-Umkehr und Antizionismus vereinten. So nannte „Dr. Franz Richter“, als welcher der ehemalige NSDAP-Funktionär Fritz Rößler bis zu seiner Enttarnung 1952 unter anderem für die Sozialistische Reichspartei (SRP) im ersten Deutschen Bundestag saß, Israel 1951 „die Aggressoren im vorderasiatischen Raum, [...] die den Arabern ihre Heimat genommen haben“. Wer „der israelischen Regierung das Geld nach Tel Aviv oder Jerusalem hinterherschicken“ wolle, sei „ein Kollaborateur“. Er bezichtigte „die israelische Regierung“, Kriegsverbrechen begangen zu haben, für die sie „nach Nürnberger Recht“ verurteilt worden wären und stellte so die gerade drei Jahre zurückliegende israelische Staatsgründung auf eine Stufe mit den NS-Verbrechen – direkte Schuldabwehr von einem Nationalsozialisten. „Genau so“, schloss er seine Rede, „wie ich mich als Vertriebener jederzeit für meine Heimat einsetze, kann ich den Wunsch der Araber verstehen, dass ihre Heimat nicht für dauernd von den Juden gestohlen bleiben soll“ (Deutscher Bundestag 1951: 7185).

In *Nation Europa*, das seit seiner Gründung 1951 „lange Jahre als das ideologisch-weltanschauliche Leitmedium des gesamten deutschen Rechts-extremismus gelten [konnte]“ (Kopke/Botsch 2016: 288), schrieb 1952 Nimer Abu Azis über „israelische Lidices“ und stellte so Israels Kriegsführung auf eine Stufe mit dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und der Shoah. Es sei „erlogen“, dass „im deutschen Machtbereich unmenschliche Dinge [...] ihren Gipfelpunkt erreicht hätte[n]“, vielmehr hätten sich alle Völker „mit Schandtaten befleckt – besonders unsere neuen Nachbarn, die Juden“ (zit. n. Kopke/Botsch 2016: 293f). So ist es über die Jahrzehnte „für das Israelbild der extremen Rechten insgesamt typisch [...], antijüdische Motive zu transportieren, NS-Verbrechen zu relativieren und zum ‚nationalen Widerstand‘ zu mobilisieren“ (Kopke/Botsch 2016: 307). Hat die extreme Rechte mit der Verbreitung antisemitischer „Israekritik“ in der deutschen Bevölkerung“ ab dem Ende der 1960er Jahre, die sich seitdem auch mehr „in Parteien der bürgerlichen Mitte, in der christlichen und linken Friedensbewegung und andernorts“ findet, zwar „gewissermaßen ein ‚Alleinstellungsmerkmal‘ verloren“ (Kopke/Botsch 2016: 311), so doch nicht

ihren Kern: den Antisemitismus, auch und gerade den israelbezogenen (Botsch 2024: 14ff), der sich über Schuldabwehr und als Kampf gegen das deutsche ‚Vasallentum‘ unter israelischer und jüdischer ‚Fremdherrschaft‘ am Leben erhält (dazu Weber 2022).

In den 2010er Jahren kam zum ersten Mal Bewegung in die bisher quasi durchgängig antizionistisch-antisemitische Position zu Israel, und zwar durch Impulse im Kontext der österreichischen radikalen Rechten: 2010 brach die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Heinz-Christian Strache in der *Jerusalemer Erklärung* gemeinsam mit der belgischen Regionalpartei Vlaams Belang und den Schwedendemokraten die explizit israelfeindliche Tradition und erklärte ihr „uneingeschränktes Bekenntnis zu[m] Existenzrecht Israels innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen“ (Freiheitlicher Parlamentsklub 2010). Aus der AfD waren in der Folge zwar zwischen ihrer Gründung 2013 und dem Einzug in den Bundestag 2017 einige wenige, jedoch weitgehend randständige ‚pro-israelische‘ Äußerungen vernehmbar. Alexander Gauland, der früher Israel als „Fremdkörper“ und „Demütigung“ der „arabisch-islamische[n] Welt“ (Gauland 2001) diffamiert hatte, betonte im April 2018 bei der Bundestagsdebatte zum 70. Jahrestag der israelischen Staatsgründung die „Verpflichtung [...] im Ernstfall einer existenziellen Bedrohung Israels an dessen Seite zu kämpfen und zu sterben“: „Es war und ist richtig, die Existenz Israels zu einem Teil unserer Staatsräson zu erklären.“ (Deutscher Bundestag 2018: 2623) Den seit dieser Periode von Teilen der AfD immer wieder bemühten positiven Bezügen zu Israel liegen allerdings „zwei antisemitische Bilder zugrunde“: einerseits eine projektive „Zuschreibung von Autorität an Israel, die dem Antisemitismus entlehnt ist“, andererseits ein ebenso projektiver neidvoller „Blick auf Israel als geopolitische Reproduktion der Figur des Ausnahmjuden“ (Schreiter 2022b: 277). Darin wird Israel als besonders nationalistische Nation und insofern als Vorbild gesehen. Die Vorstellungen dieses Vorbilds haben mit dem realen Israel relativ wenig, mit den eigenen Wünschen, Ängsten und Phantasmagorien des nationalen politischen Imaginären, die auf Israel projiziert werden, hingegen viel zu tun – während zugleich der nicht-israelbezogene verschwörungs-ideologische moderne und modernisierte Antisemitismus in der AfD ohnehin immer offener zutage tritt (Dietl 2025; Rensmann 2025: 169–196; Schreiter/Rensmann 2025). Die Bundes-AfD twitterte etwa über „Ein einziges Narrenspiel. Israel will illegale (!) Einwanderer aus Afrika loswerden und auf wen fällt die ‚Wahl? Einmal mehr Germoney!‘“ (Zit. n. Riebe 2019) Darin kommen unterschiedliche antisemitische Motive zusammen. In der Wortschöpfung „Germoney“

klingt an, dass Israel Deutschland „einmal mehr“ durch den „Schuldkult“ finanziell auspresse.

Seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt sich zudem die bereits vorher begonnene neuerliche Erosion der positiven Bezugnahmen der AfD auf Israel. Dies spiegelt unter anderem die allgemeine antidemokratische und autoritäre Radikalisierung der Partei (Schreiter/Rensmann 2025), die sich über die Jahre auch über wiederkehrende Personalwechsel in Spitzenpositionen niederschlug, bei denen sich regelmäßig rechtere Kandidat:innen durchsetzten. Vor diesem Hintergrund sollen nun die Reaktionen der AfD auf den 7. Oktober untersucht werden, bevor Positionen und Reaktionen aus anderen Teilen der deutschen radikalen Rechten auf das Pogrom der Hamas und Israels Reaktionen darauf analysiert werden.

Gegen die „Antisemitismuskeule“: Die AfD im Spagat zwischen deklarierter Israelsolidarität, antizionistischem Antisemitismus und Erinnerungsabwehr

Unmittelbar am 7. Oktober veröffentlichte die AfD-Bundestagsfraktion ein Statement mit wehender Israelfahne und einem Zitat, auf der Website auch mit Portraitfoto von Petr Bystron, damals außenpolitischer Sprecher, auf Facebook und Instagram: „Wir verurteilen die terroristischen Angriffe aufs Schärfste. Israel und das jüdische Volk haben unsere volle Solidarität. Dies gilt auch für alle Maßnahmen, die den Angriff schnell beenden helfen und die Angreifer zur Rechenschaft ziehen können.“ (AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2023a) Auffällig war, dass Petr Bystron das Statement auf seinen persönlichen Social Media-Kanälen nicht teilte. Am 7. Oktober selbst kokettierte er auf Telegram mit der Opferrolle der AfD und poste mehrere Beiträge zu Angriffen auf AfD-Politiker:innen (Team Bystron 2023a; b; c).

Hier wird eine Doppelkommunikation sichtbar: Während man als Fraktion Israel „Solidarität“ aussprach, kommunizierten viele (wenn auch nicht alle) AfD-Politiker:innen diese offene Parteinahme der eigenen Basis eher zurückhaltend. Große Teile der AfD-Klientel beispielsweise stehen auf Telegram – dem Messengerdienst, der sich auch in der verschwörungsgläubigen Szene großer Beliebtheit erfreut und seit den Coronaprotesten eine wichtige Kommunikationsplattform für Rechtsradikale ist – dem jüdischen Staat mindestens skeptisch gegenüber. Exemplarisch zeigt dies eine Umfrage des bayerischen AfD-Landtagsabgeordneten Ralf Stadler vom November 2023

auf seinem Telegramkanal: Auf seine Frage, ob Deutschland Waffen an Israel liefern solle, antworteten gute 500 User – 92 Prozent davon waren dagegen, nur fünf dafür (Stadler 2023). Auch wissenschaftliche Erhebungen zeigen besonders stark ausgeprägte antisraelische und antisemitische Positionen bei Wähler:innen der AfD: In der Leipziger Autoritarismusstudie 2024 belegten sie in vier von fünf abgefragten Antisemitismus-Kategorien den ersten Platz, darunter „Israelbezogener“, „Schuldabwehr“- und „Postkolonialer Antisemitismus“.³ Nur in der Kategorie „Antisemitischer Antizionismus“ lag die AfD mit 15 Prozent manifester Zustimmung knapp hinter der Linken mit 16 Prozent (Decker et al. 2024b: 146).⁴ Auch in der Dunkelfeldstudie zu Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen war der israelbezogene Antisemitismus auf der selbstverorteten Rechten höher als links und in der Mitte (Beyer et al. 2024: 46), und die AfD liegt bei allen Indizes am höchsten – außer beim israelbezogenen Antisemitismus, wo ihre Wähler:innen indes nur hinter der Linken zurückbleiben, allerdings ist der Unterschied nicht signifikant (Beyer et al. 2024: 47).

Unter dem Facebook-Posting der AfD-Bundestagsfraktion meldeten sich die Fans der Seite in über 300 Kommentaren zu Wort. Dort wurden zwar einerseits ebenfalls Israelfahnen gepostet und das pro-israelische Statement der AfD gelobt, viele Kommentare opponierten aber gegen die Unterstützung Israels, einige waren offen antisemitisch. Jemand befand, „das“ (der 7. Oktober) geht „uns nichts an. Um unser Land kümmert sich keiner“, ein anderer User tat kund, „das Israel der Besatzer ist und die Palistiner ihr Land zurück möchten. Israel existiert nur damit der Ami einen Verbündeten im Nahen Osten hat. Punkt“. Man kann lesen, dass es „Satanismus ist, wenn Palästina den Juden Übergeben wird und die dort lebenden

3 Zum Vergleich linker und rechter Schuldkuldiskurse in Reaktion auf den 7. Oktober siehe Rajal (2025a; b).

4 Die Kategorien postkolonialer Antisemitismus und antisemitischer Antizionismus wurden erst 2024 eingeführt, um die „Parteinahme in der internationalen, aber ebenso in der bundesdeutschen Linken für die klerikal-faschistische Hamas bereits unmittelbar nach deren pogromartigen Massaker am 7. Oktober“ (Decker et al. 2024b: 133) abilden zu können. Dennoch lag auch in diesen Kategorien die AfD weit vorne. Leider grenzen die Items die unterschiedlichen Kategorien des Antisemitismus nur unzureichend voneinander ab; etwa haben zwei von drei Items der Kategorie „antisemitischer Postkolonialismus“ einen „deutsche[n] Schuldkomplex“ und ein „schlechtes Gewissen“ der Europäer zum Gegenstand (Decker et al. 2024a: 26) und erheben so zumindest auch Schuldabwehrantisemitismus. Ausführlicher zu dieser Kritik siehe Hessenauer (2024). Es bleibt aber der Befund, dass die Parteipräferenz AfD mit den höchsten Zustimmungswerten in fast allen Dimensionen des Antisemitismus korreliert, auch dem israelbezogenen.

Palästinenser dann Terroristen sind und in Getos gehalten werden. MfG“, und dass es „noch viel mehr da unten klatschen“ solle. Neben Aussagen, dass es „sehr seltsam“ sei, dass „Israels Geheimdienst total versagt“ habe – insinuiert wird eine Verschwörung oder israelische Beteiligung – sind auch offene Vernichtungswünsche – „Wird Zeit das Israel dem Boden gleichgemacht wird“ – und antisemitische Schlagworte – „Khasarische Mafia/Rothschild??“ oder „Schuldkult“ – Monate nach dem 7. Oktober 2023 auf der Facebookseite der AfD-Bundestagsfraktion einsehbar (alle Zitate AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2023a).

Anders als in den Social Media-Kommentaren ist von AfD-Funktionär:innen keine offene Unterstützung des Pogroms am 7. Oktober bekannt. Allerdings relativierte etwa der Co-Vorsitzende Tino Chrupalla die „Solidarität“ vom 7. bereits am 11. Oktober, als er auf X das Morden, die Vergewaltigungen und die Geiselnahmen der Zivilist:innen als Kriegshandlungen verharmloste und Israel unmittelbar zur Diplomatie mit den Feinden im Libanon, Iran und in Syrien aufforderte, die am 7. Oktober direkt oder indirekt Anteil hatten:

Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen. Ich trauere um alle Kriegstote. Jetzt müssen die Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde. Eine tragfähige Lösung für alle Seiten muss das Ziel sein! (Chrupalla 2023a)

In der so ausbrechenden Auseinandersetzung⁵ in der Bundestagsfraktion erhielt Chrupalla tags darauf Unterstützung von MdB Jürgen Pohl im rechtsextremen Onlinemagazin *info-DIREKT*: Die „radikalislamische Hamas“ habe „in Israel Entsetzliches angerichtet“, Israel aber lege nun

als Reaktion Gaza in Schutt und Asche. Jene, die damals der AfD einen extremen Pro-Ukraine-Kurs auferlegen wollten, lechzen erneut danach, dass Deutschland direkte Konfliktpartei wird. Sie überholen die israelische Rechte „rechts“ und schlagen wild um sich: Morgen heißt es dann: „Bomben auf Teheran“? (Pohl 2023)

Es bleibe, wie es Chrupalla tue, „richtig, deutsche Interessen voranzustellen“ und nicht „den Kurs der Friedenspartei, der Diplomatie und des Verhandelns“ zu verlassen, sonst drohe „Kriegs- und auch Migrationsausweitung“ (Pohl 2023). Damit nimmt Pohl das Wahlprogramm vom Januar

5 Siehe auch Weiß (2024).

2025 vorweg, in dem es heißt: „Unsere primären Interessen sind die Verhinderung neuer Massenmigration und eines kriegerischen Flächenbrands im Nahen Osten.“ (AfD-Bundesparteitag 2025: 92)

Der Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, hatte eine „Vermutung“: Im extrem rechten *Freilich Magazin* bezeichnete er es am 13. Oktober als „die wahrscheinlichste Erklärung“ für die „aktuelle[.] Auseinandersetzung“, dass „die USA über ihre klandestinen Hamas-Kontakte zumindest einen Impuls für den Angriff gegeben haben könnten“. Die Annäherung zwischen Israel und einigen arabischen Staaten würde aktuell „aus lächerlich nichtigem Anlass“ – gemeint ist der 7. Oktober – „um Jahrzehnte zurückgeworfen“. Er riet außerdem vom Versuch ab, „der bitter nötigen Kritik an der Masseneinwanderung zum Durchbruch zu verhelfen“, indem man die „Antisemitismuskeule exklusiv gegen Einwanderer aus dem islamischen Kulturraum“ schwinge, denn wer das tue, habe „diese Keule, früher, als er denkt, selbst im Gesicht“.⁶ Allerdings ungerechtfertigt, denn: „Die Neue Rechte hat den Antisemitismus hinter sich gelassen.“ Anstelle von „einseitigen Parteinaahmen“ – „Wir brauchen auf unseren Schulhöfen weder Palästinaflaggen noch Israelflaggen“ – sollte man „mit einer grundsätzlichen Kritik an Masseneinwanderung“ reagieren, weil „wir keine Konflikte aus aller Welt importieren wollen“. Zudem habe Deutschland Interesse „an guten Beziehungen zu Israel [...] aber auch Interesse an guten Beziehungen zur arabischen Welt und zum Iran, und zwar allein schon wegen der Rohstoffe“. Eine „einseitige Parteinaahme“ verbiete sich schon deshalb, „weil beide Seiten in der Vergangenheit vielfach Recht und Menschenrecht gebrochen haben und niemand mehr sagen kann, ob und wenn ja, wer hier im Recht sei“. Mit seinem Schlusswort, seine und Chrupallas Position entsprächen

6 Der Begriff der „Antisemitismuskeule“ evoziert einerseits den Begriff der „Moralkeule Auschwitz“ durch Martin Walser, der eine lange rechtsradikale Tradition der Rede vom „Schuldgeist“ und einer vermeintlich gegen die Nachkriegsdeutschen gerichteten „Auschwitzkeule“ in seiner Paulskirchenrede von 1998 prominent aktualisiert. Andrerseits findet der Begriff der „Antisemitismuskeule“ seit vielen Jahren nunmehr selbst Verwendung in der radikalen Rechten, aber auch in der radikalen antiimperialistischen Linken. In diesem klassischen Motiv des Schuldabwehrantisemitismus ist die Vorstellung verdichtet, ‚die Juden‘ oder der Staat Israel würden heute unter Berufung auf die Shoah ihre „Macht der Opfer“ (Rensmann 2001: 254) ausnutzen, die Deutschen kleinhalten und finanziell wie ideell zu Unterstützung zwingen bzw. die Juden würden Antisemitismusvorwürfe für ‚ihre‘ Zwecke nutzen und zur Verteidigung Israels instrumentalisieren.

„der Mehrheitsmeinung in der Partei“, scheint Tillschneider indes recht zu haben (alle Zitate Wolters 2023).

Mit diesen Beiträgen waren in der ersten Woche nach dem 7. Oktober die wesentlichen Eckpfeiler dessen gesetzt, was die AfD in den kommenden rund eineinhalb Jahren zu Israel und zum 7. Oktober sagen würde. Später gesellte sich die Ablehnung von deutschen Waffenlieferungen an Israel als Position der AfD hinzu. Bereits Anfang Dezember 2023 twitterte Chrupalla lobend, dass die Republikaner „im US-Senat ein milliardenschweres Paket für Ukraine und Israel“ blockiert hatten, die „US-Bürger“ seien es „leid, dass ihr Geld für fremde Kriege ausgegeben wird. Auch @Bundeskanzler Scholz muss die Milliardenausgaben für den Ukraine-Krieg stoppen!“ (Chrupalla 2023b). Deutsche Waffenlieferungen an Israel waren hier zunächst nur impliziert, im August 2024 sagte Alice Weidel, „Waffen für weitere Offensiven“ Israels – was offensiv und was defensiv sei, bleibt unklar – seien aber „nicht zielführend“ und betonte: „die israelische Regierung muss kritisiert werden dürfen“ (Schindler/Alexander 2024). Am 16. Oktober 2024 schließlich machte Chrupalla die Position seiner Partei im Bundestag explizit: „Keine Lieferung deutscher Waffen an irgendeine Kriegspartei!“, weder „in der Ukraine und in Russland“ noch „in Israel und in Palästina“ (Deutscher Bundestag 2024a: 25094). Sein Parteifreund Tomasz Froelich twitterte am 22. Oktober 2024 seine entsprechende Rede im EU-Parlament, in der er sagte, Israel habe „das Recht auf Selbstverteidigung“, aber „nicht das Recht, den #Libanon in Schutt und Asche zu legen“. Es begehe dort „Kriegsverbrechen“ und es brauche nun einen Waffenstillstand. „Deshalb: Schluss mit Waffenlieferungen nach Israel! [...] Wir liefern weiter Waffen, obwohl fast 70 % der Deutschen dagegen sind. Es wird höchste Zeit, aufs eigene Volk zu hören! #CeasefireNOW“. (Froelich 2024)

Zugleich wurden indes in Teilen widersprüchliche Positionen durch Parlamentarier:innen kommuniziert. In der gleichen Sitzung, in der Chrupalla das Ende deutscher Waffenlieferungen an Israel forderte, kritisierte Joachim Wundrak:

Die israelische Polizei erbat zusätzliche Schutzwesten und gepanzerte Polizeiautos für einen besseren Schutz gegen die Hamas. Das Habeck-Ministerium hat die Bitte abgewiesen mit der Begründung, dass es sich hierbei um Kriegsgerät handele. [...] So sieht es also aus, wenn grüne Strategen das Existenzrecht Israels verteidigen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die grünen Minister Habeck und Baerbock

in diesem Jahr offensichtlich Waffenlieferungen an Israel über Monate blockiert haben. (Deutscher Bundestag 2024a: 25149)

Seit Februar 2025 sitzt Wundrak nicht mehr im Bundestag. Auch Marc Jongen, damals kulturpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und seit 2024 EU-Parlamentarier, zeigt, dass der AfD durchaus bewusst sein kann, warum Israel Waffen braucht. Er kritisierte im März 2024 das antiisraelische Spektakel bei der Berlinale unter anderem dafür, dass Israel als „Apartheidstaat“ bezeichnet wurde, dem „keine Waffen mehr geliefert werden sollen. Spätestens seit dem 7. Oktober weiß jeder, dass ein unbewaffnetes Israel dem Lynchmob der Hamas schutzlos ausgeliefert wäre. Von der AfD hätte es dafür keinen Applaus, sondern Protest gegeben.“ (Deutscher Bundestag 2024b: 20381)

Diese Position steht in offensichtlichem Widerspruch zu den Proklamationen und Forderungen von Froelich und Chrupalla. Er verdeutlicht einerseits, dass es in der AfD unterschiedliche Positionen zum Thema gibt, andererseits aber illustriert der jeweilige Kontext auch die postfaktische Art, Politik zu machen: Kann die Bundesregierung oder ein ‚wokes‘ Kulturfestival für die (vermeintliche) Ablehnung von Waffenlieferungen an Israel kritisiert werden, darf ein Hinterbänkler dafür eintreten, während der Parteichef dagegen Position bezieht. Diese widersprüchliche respektive ambivalente Position drückt sich prominent auch im Wahl-O-Mat für die Bundestagswahl 2025 in der Antwort „neutral“ aus, welche die AfD zum Punkt „Aus Deutschland sollen weiterhin Rüstungsgüter nach Israel exportiert werden dürfen“ gab. Die Erklärung dazu:

Wir erkennen uneingeschränkt das Existenzrecht Israels an und das Recht des Staates Israel dieses auch militärisch zu verteidigen. Dies gilt ins besonders [sic!] auch vor dem Hintergrund des terroristischen Angriffs der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023. Die grundsätzliche Position der AfD keine Waffen in Spannungs- oder Kriegsgebiete zu liefern, bleibt davon aber unberührt. (Wahl-O-Mat 2025)

Einen besonderen Standpunkt zum Thema Waffenlieferungen und Israel nahm der bayerische Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka⁷ ein, der auch die Landesliste zur Bundestagswahl 2025 anführte. Er wettete am 2. September 2024 gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und sagte dann:

⁷ Zu früheren Aussagen Protschkas, in denen er versucht, sich und die AfD vom Antisemitismus zu distanzieren, siehe Schreiter (2023: 231–233, 241f.).

Krieg ist immer das Schlimmste. Aber warum schicken sie dann nicht nach Palästina so viele Waffen? Die wollen ja auch nur ihr eigenes Land verteidigen! Da ist ja auch Israel eingefallen. Und ich bin – ich stehe zu Israel, keine Frage! Ich habe immer gesagt, Jerusalem soll die Hauptstadt sein. (KlardenkenTV 2024)

Hier wird deutlich, wie unangefochten das antiisraelische Weltbild von vermeintlich pro-israelischen Legierungen bleiben kann. Es liegt offenkundig ein unvermitteltes Nebeneinander vor: Israel bleibt der Böse, gleichzeitig wird aber eine pro-israelische Position autoritär angerufen, die nicht sachlich begründet wird. Israel fungiert hier als Autorität und die israelische Regierung straft die AfD laufend, indem jeder Kontakt verweigert wird, obwohl ansonsten die rechte israelische Regierung die Nähe zu rechtsradikalen Parteien in Europa sucht – zuletzt sogar, wenn auch indirekt, zur FPÖ, einer rechtsradikalen Partei aus einem NS-Nachfolgestaat.⁸

Oft dient die Referenz auf den 7. Oktober der AfD nur als Aufhänger für die eigene politische Agenda, die in erster Linie aus Forderungen nach geschlossenen Grenzen und Abschiebungen besteht und in eine autoritär-revolutionäre Ideologie eingebettet ist, die u. a. auch Antifeminismus, Antikommunismus und Ethnonationalismus umfasst. Götz Frömming nannte etwa „die Genderideologie eine der aktuellen Masken des Marxismus“ (Deutscher Bundestag 2023a: 16302), wobei das antisemitische Schlagwort vom Kulturmarxismus nachhallt. Der „Antisemitismus durch Zuwanderung“ erscheint dabei stets als Hauptproblem, das man durch die Forderung „Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen“ in den Griff zu bekommen meint (AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag 2023b). Der rechtsradikale Antisemitismus, der nicht zuletzt durch die AfD selbst mobilisiert wird (Dietl 2025; Grigat 2017; Kahmann 2017; Rensmann 2020, 2025; Salzborn 2018, 2019; Schreiter 2023), wird zugleich geleugnet.

⁸ Anfang 2025, als es mit den Patrioten für Europa eine extrem rechte Fraktion im EU-Parlament ohne die AfD gab, nahm der Likud in dieser Fraktion Beobachterstatus ein (Wandler 2025). Mit diesem Schritt der seit langem wichtigsten israelischen Regierungspartei bricht indirekt der israelische Boykott der FPÖ, jener gegen die AfD aber bleibt aufrecht. Die Freude Harald Vilimskys über den „Schub an internationaler Gravität, Akzeptanz und Bedeutung“ (Freiheitlicher Parlamentsklub 2025), den dieser Schritt des Likud für die FPÖ bedeute, trübte der Leiter dessen internationalen Büros Ariel Bulshtein aber schnell, als er konstatierte, dass die FPÖ „noch keinen Weg gefunden hat, sich als echter Verbündeter Israels und der jüdischen Gemeinschaft in Österreich zu positionieren“ (zit. n. Ultsch 2025).

Einer der wenigen Punkte der AfD, der über die unvermittelte Proklamation hinausgeht, dass man für Israel sei, ist die Forderung nach Einstellung der Unterstützung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Diese Agentur der Vereinten Nationen steht schon lange in der Kritik für ihre engen Verbindungen zur Hamas (Feuerherdt/Markl 2018: 237–248). Am 7. Oktober waren unter anderem UNRWA-Angestellte beteiligt und das Pogrom wurde in Chats von UNRWA-Personal bejubelt (UNRWA 2025). Wenn etwa Alice Weidel aber die UNRWA-Finanzierung in den Kontext der Vorwürfe an die Bundesregierung stellt, sie verpulvere in „Hunderten überflüssigen Entwicklungshilfevorhaben, die in der Summe den Steuerzahler 33 Milliarden Euro kosten“ unter anderem „Geld ohne Gegenleistung für Ökokühlschränke in Kolumbien, feministische Außenpolitik in Südafrika, für die Taliban in Afghanistan und für Hamasterroristen in Gaza“ (Deutscher Bundestag 2024c), geht es indes vornehmlich um vermeintlich sinnlos verschwendetes deutsches Steuergeld, analog zur Zerschlagung der USAID durch die Trump-Regierung.

„Deutsche Interessen“ stellt auch Hannes Gnauck, Bundesvorsitzender der mittlerweile aufgelösten Jungen Alternative für Deutschland und Bundestagsabgeordneter, in den Mittelpunkt. In der Debatte über eine deutsche Beteiligung an der Militärimission EUNAVFOR ASPIDES im Roten Meer zum Schutz der Handelsschifffahrt gegen die Raketenangriffe der Ansar Allah (Huthi-Rebellen) am 23. Februar 2024 sagte er: „Eine derartige militärische Präsenz in Nähe zu sensiblen iranischen Gewässern könnte als Provokation gedeutet werden“ und forderte die Bundesregierung auf, „der Scheuklappenpolitik ein Ende zu setzen und wieder Gespräche mit dem Iran aufzunehmen“. Er äußerte die „deutliche Befürchtung, dass es der Bundesregierung auch in diesem Konflikt lediglich um eine Symbolpolitik geht, die darauf abzielt, den USA und Israel in einer geopolitischen Konfrontation zur Seite zu stehen“. Die AfD hingegen „würde sicherstellen, dass deutsche Interessen an erster Stelle stehen und nicht die Interessen anderer Staaten“ (Deutscher Bundestag 2024d). Neben der pro-iranischen Haltung reaktiviert Gnauck, der auch vom Militärischen Abschirmdienst als Extremist eingestuft wurde, hier das alte rechtsradikale und antisemitische Motiv von Deutschland als Vasall der USA und Israels.

Björn Höcke, Vorsitzender der Partei in Thüringen und Gallionsfigur der radikalen Rechten, redet wenig über Israel, äußert sich aber vielfach in nationalsozialistischer Rhetorik und insgesamt antisemitisch (etwa Rensmann 2025: 173ff; Schreiter/Rensmann 2025). In seinen „Gedanken zur Vorweih-

nachtszeit I“ vom 4. Dezember 2023 schrieb er indes, Israel habe „mit blutiger Vergeltung“ auf den 7. Oktober reagiert und rechnet Opferzahlen auf (Höcke 2023a). Am 26. Oktober 2023 bereits hatte Höcke in einem Kommentar geschrieben, Julian Reichelt habe mit dem Artikel „Baerbocks Blabla ist für Israel lebensgefährlich“ (Reichelt 2023) eine „persönliche Rechtfertigung von Völkermord“ verfasst. Dadurch, dass Höcke diesen Begriff des Völkermords einführt, den Antizionist:innen jeglicher Couleur nicht erst seit dem 7. Oktober gegen Israel im Munde führen, legt er nahe, Israel begehe einen solchen in Gaza (Höcke 2023b; c).

Die wehende Israelfahne, welche die AfD-Bundestagsfraktion am 7. Oktober selbst auf Social Media gepostet hat, stellt den schwächeren Pol der durchaus heterogenen Positionen in der Partei zu Israel, 10/7 und dessen Folgen dar. Abgesehen von instrumentellen Bezügen auf den 7. Oktober, um dann über Abschiebungen, deutsches Steuergeld oder das (vermeintliche) Versagen der Bundesregierung zu sprechen, und einigen wenigen Wiederholungen der pro-israelischen Beteuerung sind isolationistische, antiwestliche und rechtsextreme Positionen zentral, unterlegt von neben antisemitischen auch antizionistischen Grundpositionen und Desinformation zum Konflikt im Nahen Osten. Die diesbezüglichen Positionen der AfD werden überlagert von einer „Deutschland zuerst“-Ideologie, deren Wirkung meist israefeindlich ist. Darunter fallen auch die frühe Ablehnung von Waffenlieferungen an Israel, dem man Kriegsverbrechen vorwirft, und die Forderung, das iranische Regime zu stärken. Von einer pro-israelischen Position bleibt bei der AfD seit dem 7. Oktober fast nichts übrig, vielmehr wird die allgemeine Radikalisierung der Partei deutlich, die auch mit einer gesamtgesellschaftlichen Verschiebung von Sagbarkeitsgrenzen im Feld des Antisemitismus, aber auch etwa bei Rassismus, Fragen von Migration und Geschichts-, Familien- und Geschlechterpolitik oder (selektiven) Kürzungen des Sozialstaats in Wechselwirkung stehen.

Neonazistische und offen rechtsextreme Reaktionen auf den 7. Oktober

Anders als im komplexeren Fall der AfD, die in der Partei politischen Antisemitismus mindestens toleriert, teils offen über soziale Medien verbreitet und deren Projektionsfläche sich auch in Bezug auf den Nahen Osten zunehmend antiisraelisch vereindeutigt, sind die Reaktionen der national-revolutionären, offen extremen Rechten eindimensional antiisraelisch und antisemitisch.

Die *Deutsche Stimme*⁹ etwa, das Parteiblatt der „Heimat“ (bis Sommer 2023: NPD), widmete dem Thema „Nahost in Flammen. Droht der Dritte Weltkrieg?“ zum Jahreswechsel 2023/24 eine Doppelausgabe. Schon auf der Titelseite ist ein Gespräch zwischen Tarek Ahmed, einem Vertreter der Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei SSNP, deren Logo einem Hakenkreuz ähnelt, und dem ehemaligen Vorsitzenden der British National Party BNP, Nick Griffin, mit einem antisemitischen Zitat Griffins angekündigt: „Die Zionisten freuen sich über das Gemetzel!“ Die als „Pro und Contra: Flagge zeigen für Palästina?“ angekündigte Diskussionsfrage beantwortet das Magazin mit dem Titelbild selbst, auf dem eine palästinensische Fahne prangt. Das Wesentliche, schreibt Chefredakteur Peter Schreiber, sei allerdings die „Bewahrung der eigenen Identität im eigenen Land und die Wiederherstellung der vollen Souveränität“. Karl Richter, der ehemalige Münchener Stadtrat der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) mit Kontakt zu Mitgliedern der „Schutzgruppe“, die 2003 einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums geplant hatte, erklärt: „Israel-Hörigkeit und Islam-Hass helfen Deutschland nicht weiter.“ (Alle Zitate Schreiber 2023)

Der neonazistische X-Account „Der Volkslehrer“¹⁰ postete am 7. Oktober unter der Überschrift „Israel muss endlich gestoppt werden“ ein Banner mit Palästinafahne und der Aufschrift „Make Israel Palestine Again“ (Der Volkslehrer 2023a) und ein Portrait der PFLP-Terroristin Leila Khaled mit der Caption „From the River to the Sea, Palestine will be Free“ (Der Volkslehrer 2023b). Er teilte außerdem ein Posting der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der „Heimat“, auf dem eine blutverschmierte Israelfahne mit der Aufschrift „Israel mordet und die Welt schaut zu“ zu sehen ist. Der Text dazu lautet: „#Sanktionen gegen #Israel Westliche Heuchler sprechen von #Souveränität – aber nur für ausgewählte Völker.“ (Junge Nationalisten 2023)

Unter einem Beitrag vom April 2024 mit Fotos von einem Transparent mit der Aufschrift „Israel mordet“ und einem durchgestrichenen Davidstern stellen die Jungen Nationalisten klar: „Es geht uns nicht im Palestina [sic!], es geht darum, dass der zionistische Einfluss in der Weltpolitik auch und gerade uns schadet.“ (Junge Nationalisten 2024) Hier wird der

9 Für weitere Beispiele und Motive aus der *Deutschen Stimme*, aber auch der *Sezession, Compact, Junge Freiheit*, und *Zuerst!* siehe Pérez Duarte et al. 2024.

10 Unter dem Pseudonym „Volkslehrer“ tritt auch der Neonazi und verurteilte Holocaustleugner Nikolai Nerling auf. Hier handelt sich aber um einen anderen X-Account.

offene antisemitische Antizionismus von Hitler, Rosenberg und Dühring reproduziert, der in Israel einen oder den zentralen Teil der „jüdischen Weltverschwörung“ sieht, die sich in erster Linie gegen Deutschland richtet.

In seinem Format „FSN – The Revolution“ – FSN steht für Frei Sozial National – spricht der Szeneunternehmer, Active-Club-Aktivist und stellvertretende Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes der „Heimat“ Patrick Schröder bereits am 13. Oktober 2023 in einem abfällig-abgeklärten, lapidaren Tonfall der Verachtung über die Massaker der Hamas. Schröder ist sich mit seinem Gesprächspartner einig darin, dass die „bitterböse Verschwörungstheorie, dass das absichtlich geschehen lassen wurde“ stimme, „wir sind wieder im 11. September-Modus“: Denn „eigentlich wird der Gazastreifen so extrem überwacht, also nachrichtendienstlich, [...] ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Israelis nichts davon wussten“. Eher habe „diese ziemlich rechte Regierung in Israel“ den 7. Oktober geschehen lassen und entschieden, „wir nehmen das jetzt als Vorwand, um dann da einzumarschieren, weil darauf haben ja die zionistischen Parteien ja eh schon Bock drauf, den Gazastreifen endlich mal platt zu machen“. Es sei ihnen nur „in gewisser Weise entglitten“. Man könne aber „als nationales Lager“ auch nicht einfach sagen,

Hamas und Palästina alles super, dann bist du tatsächlich im unpolitischen Bereich unterwegs, weil das wird dir kein Mensch gutheißen [... W]enn man jetzt mal den Menschenschlag wegnimmt, ist die Grundsympathie da [...]. Ich bin natürlich auch nicht der, der jetzt die Israelfahne hisst, das ist auch logisch, aber wenn man sich jetzt da äußern will, würde ich das [...] in die Richtung schieben, ja wollt ihr denn die Leute wirklich bei uns haben? (FSN – The Revolution 2023)

Schröders Gesprächspartner würde zwar heute nicht, wie „2006 gegen Israel im Libanon-Krieg“ demonstrieren, er könne „da die Israelis schon verstehen [...], wenn die sagen, wenn die hier 1200 Leute von uns massakrieren [...], dann wird es halt Vergeltung geben, das ist halt so“. Der 7. Oktober führe nur dazu, dass auch die letzten wenigen verbündeten (arabischen) Staaten nichts mehr für die palästinensische Sache täten und dass, wenn die Israelis den Gazastreifen nicht allein einnähmen, „die treuen Kameraden von der Ostküste“ (vorgetragen im Hitler-Volksempfänger-Tonfall) kämen. Dann sei „spätestens Feierabend“. Auch artikulieren die beiden Verachtung für die Opfer beim Nova-Festival: „Alter, wie bescheuert muss man sein, um irgend so ein Trance-Hippie-Festival am Gaza-Streifen vor der Mauer abzufeiern und dann beschwerst du dich, dass du abgeknallt wirst“ – und

zollen den „Hamas-Jungs“ Tribut: „Die wehren sich schon hier“, Israel habe „jetzt auch schon 200 Soldaten verloren“ (alle Zitate FSN – The Revolution 2023).

Auch die Kleinpartei „Der III. Weg“ bleibt ihren Parolen vom „Terrorstaat Israel“ und dem „zionistischen Terror“ nach dem 7. Oktober treu: Am 11. Oktober fragte man dort nach dem „massiven Gegenangriff [Herv. d. Verf.] auf das zionistische Gebilde Israel“ durch „etwa 1000 Militante“, ob nun „zionistische Pogrome“ bevorstünden. Der 7. Oktober sei ein großangelegter „Angriff auf zionistisch-besetztes Gebiet“ (gemeint ist das israelische Kernland, in das die Terroristen eingedrungen sind) und eine Reaktion auf die „imperialistische Aggression“ sowie die „permanenten und willkürlichen Angriffen der Zionisten auf die palästinensischen Gebiete“ gewesen, angesichts dessen sich die Frage stelle: „Kann eine solche Operation eines deutlich unterlegenen Gegners tatsächlich ohne jede Vorahnung eines der mächtigsten Länder der Erde vorbereitet werden?“ Unter der antisemitischen Überschrift „Israel verübt biblische Rache“ wird das „Oberhaupt Chamenei“ des iranischen Regimes, die „einzige wirklich relevante anti-zionistische Macht“ mit Blick auf Israel zitiert: „Dieses Krebsgeschwür wird, so Gott will, durch das palästinensische Volk und die Widerstandskräfte in der gesamten Region endgültig ausgerottet werden.“ Anders als „sämtliche Systempolitiker in der mit pathologischen Schuldkomplexen beladenen Bundesrepublik“ von „Linken und Grünen bis hin zur AfD“, die einen „Freibrief für jegliche Racheakte der Zionisten“ ausstellten, lehne der „III. Weg“ aus seiner „konsequenten antiimperialistischen Haltung heraus jegliche Solidarität mit Israel ab“. Allerdings könne es eine „klare Solidarität mit Palästina [...] erst dann wieder geben, wenn auch die von Arabern okkupierten Gebiete in Deutschland und Westeuropa wieder freigegeben und europäische Städte nicht länger zum Schauplatz ausländischer Konflikte missbraucht werden“ (Der III. Weg 2023a).

Zudem empört sich der III. Weg darüber, „dass es erst den Überfall auf Israel als Grund braucht“ um Gruppen wie Hamas und Samidoun in Deutschland zu verbieten. Die „Herrschenden“ sorgten sich mehr als um die „einheimische Bevölkerung [...] um das Wohl einer anderen semitischen Minderheit [gemeint sind Jüdinnen und Juden, Anm. d. Verf.] in unserem Land, zu der die BRD aus einer pathologisch anmutenden historischen Schuldgeist-Neurose heraus eine ganz besondere Beziehung pflegt“ (Der III. Weg 2023b).

Unter anderem bei der „Heimat“ hat die Verbindung von Schuldabwehrantisemitismus, der Analogisierung israelischer Verteidigung mit dem

„Bombenholocaust“ in Dresden und deutscher und palästinensischer Opferrolle Tradition: Ein Transparent mit der Aufschrift „Gestern Dresden, heute Gaza – Völkermörder zur Rechenschaft ziehen!“ der NPD Kronach, das bereits 2009 beim revisionistischen Neonaziaufmarsch in Dresden im Einsatz war (Redaktion Mut gegen rechte Gewalt 2009), wurde am 11. Februar 2024 wieder ausgepackt (Korallenherz 2024). Die Analogie teilt diese offen extreme Rechte mit der AfD. Björn Höcke sieht im „eliminatorischen Bombenkrieg“ der Alliierten einen Versuch, „das kulturelle Gedächtnis eines Volkes auszulöschen“ (Höcke 2025) und der AfD-Bundestagsabgeordnete Maximilian Krah, dessen Aussage in der italienischen Tageszeitung *La Repubblica* im Mai 2024, dass er nie sagen werde, „dass jeder, der eine SS-Uniform trägt, automatisch ein Verbrecher ist“ (Joswig 2024) zum Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion im EU-Parlament führte, betonte bei einem Kongress des Instituts für Staatspolitik: „Wenn also unsere Gegner meinen, Dresden war zulässig und deshalb ist Gaza zulässig, dann antworte ich: Dresden war unzulässig und Gaza ist auch unzulässig.“ (Kanal Schnellroda 2023)

Die Verschwörungserzählungen, die Patrick Schröder als „11. September-Modus“ bezeichnet, finden sich auch in Segmenten der extremen Rechten jenseits des offenen Neonazismus: In der *Sezession* etwa, dem Leitmedium der als intellektuell geltenden sogenannten Neuen Rechten, hält es Götz Kubitschek unter Berufung auf einen anonymen „Sicherheitsexperten“ für „völlig ausgeschlossen“, dass „Israel im Vorfeld keine Kenntnis von diesem Angriff gehabt habe“, den man „aus verschiedenen Gründen geschehen lassen“ habe. Unter anderem sei es „für einen manifesten Gegenschlag [...] wieder einmal an der Zeit gewesen“ (Kubitschek 2025). Auch Martin Lichtmesz¹¹ schreibt dort, dass „der Mossad [...] von einem Angriff in einer derartigen Größenordnung überrascht“ werden könne, sei „kaum denkbar“¹² (Lichtmesz 2023).

Verschwörungsideologische Deutungen des 7. Oktober in unterschiedlichen Graden finden sich auch in Jürgen Elsässers *Compact*-Magazin (Zarbock 2024: 249f.), extrem rechten Corona-Protest-Telegramkanälen (Kocuya/Wetzel 2024) oder der *Deutschen Stimme* (Perez Duarte et al. 2024:

11 Bürgerlich: Martin Semlitsch.

12 Für den Gazastreifen ist der Inlandsgeheimdienst Shin Beth, nicht der Auslandsgeheimdienst Mossad zuständig. Der Mossad aber ist eine etablierte Projektionsfläche für antisemitische Vorstellungen geheimer, jüdischer Macht. Dass in der sonst so quellsicheren *Sezession* er anstelle des Shin Beth genannt wird, zeigt auch, dass nicht israelische Realität, sondern antisemitische Bilder tonangebend sind.

95). In offen rechtsextremen, nationalrevolutionären und neonazistischen Milieus ist der antizionistische Antisemitismus nach dem 7. Oktober sehr profiliert. Seine Vorstellungen vom schädlichen zionistischen Einfluss in der Welt werden mitunter explizit formuliert. In der elektoral erfolgreichen AfD sind solche Bilder von Israel eher implizit, verschwörungsideologische Elemente mit Bezug auf den 7. Oktober werden hier verklausulierter formuliert, ziehen sich aber inhaltlich und personell bis weit in die Partei hinein.

Fazit

Unsere Analyse zeigt, dass trotz partieller Uneinigkeit in der Positionierung zum 7. Oktober und dessen Folgen seitens der deutschen radikalen Rechten Antisemitismus in vielfältiger Form die Wahrnehmung der Geschehnisse prägt. Tatsächlich oder vermeintlich pro-israelische Positionierungen, wie sie etwa die AfD am 7. Oktober selbst vorgelegt hat, bleiben die Ausnahme, sowohl innerhalb als auch außerhalb der AfD. Sie erweisen sich weitgehend als dünner Firnis, der häufig selbst auf antisemitischen Bildern von Israel beruht und zudem in der AfD marginaler wird. Insbesondere die Reaktionen auf den 7. Oktober zeigen: Der Bruch mit dem offenen und auch israelbezogenen Antisemitismus in der radikalen Rechten, den Teile der AfD vollzogen hatten, steht bisher nicht für eine nachhaltige Neuorientierung des deutschen Rechtsradikalismus.

Die Überreste vermeintlich pro-israelischer Positionen in der radikalen Rechten und insbesondere im Kontext der AfD zeigen sich fast ausschließlich in einem instrumentellen Zugang, in dem der 7. Oktober nur noch aufgerufen wird, um linken oder islamischen Antisemitismus anzuprangern. Solche Thematisierung wiederum soll Forderungen nach „Remigration“ und einer ‚anti-woken‘ Kulturrevolution legitimieren, während der Antisemitismus der radikalen Rechten geleugnet oder externalisiert wird. Auch jene Akteure, die sich zwischenzeitlich pro-israelisch positioniert hatten, bewegen sich in großen Teilen seit dem 7. Oktober zurück in das ideologische Milieu des antisemitischen Antizionismus. Dabei wird Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison immer wieder als Negativfolie aufgerufen, der gegenüber sich die AfD als wahre Vertreterin deutscher Interessen inszeniert, die Deutschland aus dem vermeintlichen Vasallenstatus gegenüber den USA und Israel befreien würde. Daraus wird mitunter explizit geschlussfolgert, man müsse etwa die Sanktionen gegen das iranische Regime beenden, das Israel vernichten will.

Ein roter Faden im Blick der radikalen Rechten auf den 7. Oktober wird durch unterschiedliche Verschwörungserzählungen eingewoben: Manche sind überzeugt, der 7. Oktober sei (von Israel) inszeniert und die Bilder KI-generiert worden (Kocyba/Wetzel 2024: 14), deutlich verbreiteter aber ist die Vorstellung, Israel habe die Massaker der Hamas mit Hintergedanken geschehen lassen. Mindestens im Hintergrund wabert hierbei eine antisemitische Machtzuschreibung, die Israel postfaktisch als Strippenzieher der Geschehnisse imaginiert.

Immer wieder nutzen Akteur:innen aus allen Milieus der radikalen Rechten auch offen oder camoufliert antisemitische Motive. In der extremen Rechten jenseits der AfD wurde das antisemitische Pogrom teilweise offen begrüßt. Bei der Basis der Partei, etwa auf ihren Social Media-Seiten, findet sich offener Antisemitismus auch mit Bezug zum 7. Oktober, etwa wenn unter die Erklärung von „Solidarität“ mit Israel durch die Bundestagsfraktion Begriffe wie „Rothschild“ oder „Satanismus“ gepostet werden oder gefordert wird, dass Israel dem Erdboden gleichgemacht werden müsse. Wenn etwa Björn Höcke einen „Völkermord“ in Gaza nahelegt oder Tomasz Froelich Israel vorwirft, im Libanon „Kriegsverbrechen“ zu begehen und deshalb, wie die ganze Partei, Waffenlieferungen ablehnt, bewegt sich auch das Spitzenpersonal der Partei in dem antizionistischen Fahrwasser, das die AfD bei Linken so gerne kritisiert. Wenn Hannes Gnauck Rücksicht auf „sensible iranische Gewässer“ nehmen will und befürchtet, dass Deutschland nur „den USA und Israel in einer geopolitischen Konfrontation zur Seite [...] stehen“ wolle, reaktiviert er die antisemitische Figur von Deutschland als deren Vasall. Jenseits des Diskurses über Israel, 10/7 und den Nahen Osten ist die Rhetorik der Partei ohnehin voll von antisemitischen Codes wie Globalisten, dem Großen Austausch oder dem Feindbild George Soros.

Auch wenn der Antisemitismus milieuspezifisch unterschiedlich explizit formuliert wird, ist er doch eine Konstante in allen Sparten der extremen Rechten. Der darin enthaltene Übergang von israelfeindlichen zu antisemitischen Motiven zeigt die Anschlussfähigkeit an mehrheitsfähige antisemitische Motive. Beides ist Ausdruck eigener Projektionen und einer allgemeineren „Re-Politisierung von antisemitischen Ressentiments“ (Rensmann 2025: 196) in der radikalen Rechten, die nicht nur als moderner und modernisierter, verschwörungsideologischer und erinnerungsabwehrender Antisemitismus auftreten, sondern auch als israelbezogener Antisemitismus, bei dem Israel zur Projektionsfläche wird. Der israelbezogene Antisemitismus bildet gleichzeitig eine der deutlichsten ideologischen

Verbindungslien zwischen der radikalen Rechten und antizionistischen, sich als progressiv oder islamisch verstehenden Milieus – wie auch in die Gesamtgesellschaft.

Literatur

- AfD-Bundesparteitag (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023a): AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Lage in Israel..., Facebook, 07.10.2023, <https://www.facebook.com/afdimbundestag/posts/pfbid0331THZDzDSMHzZbf23E3sABn5uc4FicrQN9JgTbLgv5hyLnVXwwmJXRDAHwEEEmAl>.
- AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023b): Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen, <https://afdbundestag.de/antisemitismus-durch-zuwanderung-klar-benennen-und-effektiv-bekaempfen-unterstuetzer-von-antisemitischem-terrorismus-ausweisen/>.
- Beyer, Heiko/Rensmann, Lars/Brögeler, Hanna/Jäger, David/Schulz, Carina (2024): Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024, hg. von der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, https://www.antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2024-09/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_2024.pdf.
- Botsch, Gideon (2024): Antisemitismus im Rechtsextremismus: Der gemeinsame Nenner, in: Bundesverband RIAS (Hg.): Rechtsextremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen, https://report-antisemitism.de/documents/24-12-II_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf, 12–25.
- Chrupalla, Tino (2023a): Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen..., X, 11.10.2023, X, https://x.com/Tino_Chrupalla/status/1712056218640945390.
- Chrupalla, Tino (2023b): Die Republikaner blockieren im US-Senat ein milliarden schweres Paket für Ukraine und Israel..., X, 07.12.2023, https://x.com/Tino_Chrupalla/status/1732727229015060512.
- Decker, Oliver/Kalkstein, Fiona/Dilling, Marius/Celik, Kazim/Hellweg, Nele/Brähler, Elmar (2024a): Besteht eine Chance für eine neue Partei? AfD-Anhänger und die Aussicht für eine Alternative links der Mitte, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 37(2), https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2024-2_decker.pdf.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (2024b): Vereint im Resentiment, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Der III. Weg (2023a): Krieg im Nahen Osten: Stehen zionistische Pogrome unmittelbar bevor? 11.10.2023, <https://der-dritte-weg.info/2023/10/krieg-im-nahen-osten-stehen-zionistische-pogrome-unmittelbar-bevor/>.

- Der III. Weg (2023b): Hamas-Verbot: Weitere Blamage für die Bundesregierung, 07.11.2023, <https://der-dritte-weg.info/2023/11/hamas-verbot-weitere-blamage-fuer-die-bundesregierung/>.
- Der Volkslehrer (2023a): Israel muss endlich gestoppt werden..., X, 07.10.2023, <https://x.com/DerVolkslehrer/status/1710613617228329188>.
- Der Volkslehrer (2023b): Israel muss endlich gestoppt werden..., X, 07.10.2023 <https://x.com/DerVolkslehrer/status/1710613233243988000>.
- Deutscher Bundestag (1951): Plenarprotokoll 1/175 15.11.1951, <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01175.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2018): Plenarprotokoll 19/29 26.04.2018, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19029.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2023a): Plenarprotokoll 20/130 18.10.2023, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20130.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2023b): Plenarprotokoll 20/131 19.10.2023, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20131.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2024a): Plenarprotokoll 20/193 16.10.2024, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20193.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2024b): Plenarprotokoll 20/159 20.03.2024, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20159.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2024c): Plenarprotokoll 20/150 31.01.2024, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20150.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2024d): Plenarprotokoll 20/155 23.02.2024, <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20155.pdf>.
- Dietl, Stefan (2025): Antisemitismus und die AfD, Berlin: Verbrecher.
- Dühring, Eugen (1901): Die Judenfrage als Frage des Racencharakters und seiner Schädlichkeit für Völkerexistenz, Sitte und Cultur, Nowawes-Neuendorf: Personalist.
- Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin: Henrich & Henrich.
- Freiheitlicher Parlamentsklub (2010): FPÖ: Strache: Jerusalemer Erklärung, 07.12.2010, https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101207_OTS0199/fpoe-strache-jerusalemer-erklaerung.
- Freiheitlicher Parlamentsklub (2025): FPÖ – Vilimsky: „Likud als Observer in unserer internationalen Parteienfamilie gibt internationaler Gravität der FPÖ neuen Schub“, 11.02.2025, <https://www.fpoe.at/medien/pressemeldungen/artikel/fpoe-vilimsky-lihud-als-observer-in-unserer-internationalen-parteienfamilie-gibt-internationaler-gravitaet-der-fpoe-neuen-schub>.
- Froelich, Tomasz (2024): #Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung..., X, 22.10.2024 <https://x.com/TomaszFroelich/status/184877747610728103>.
- FSN – The Revolution (2023): FSN Politik-Spezial #116..., Telegram, 13.10.2023, <https://t.me/fsnrev/4641>.

- Gauland, Alexander (2001): Mehr Respekt vor der arabischen Welt, in: Die Welt, 20.09.2001, <https://www.welt.de/print-welt/article476772/Mehr-Respekt-vor-der-arabischen-Welt.html>.
- Grigat, Stephan (Hg.) (2017): AfD und FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden: Nomos.
- Hessenauer, Jonas (2024): Bemerkungen zur Erhebung von Antisemitismus in der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024, 22.11.2024, <https://kritischebildung.de/beitraege/autoritarismusstudie2024>.
- Höcke, Björn (2023a): Gedanken zur Vorweihnachtszeit I, Telegram, 04.12.2023, <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1881>.
- Höcke, Björn (2023b): Reichelt I, Telegram, 26.10.2023, <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1825>.
- Höcke, Björn (2023c): Reichelt II, Telegram, 26.10.2023, <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/1826>.
- Höcke, Björn (2025): Zum Untergang Dresdens vor 80 Jahren, Telegram, 13.10.2025, <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/2712>.
- Joswig, Gareth (2024): Nach Relativierungen der SS: Auftrittsverbot für Krah, in: taz online, 22.05.2024, <https://taz.de/!6012267/>.
- Junge Nationalisten (2023): #Sanktionen gegen #Israel..., X, 07.10.2023, <https://x.com/JNDeutschland/status/171063495496553662>.
- Junge Nationalisten (2024): (1/2) #Israel mordet und die Welt schaut zu..., X, 07.04.2024, <https://x.com/JNDeutschland/status/1776923685766504951>.
- Kahmann, Bodo (2017): ‘The most ardent pro-Israel party’: pro-Israel attitudes and antiantisemitism among populist radical-right parties in Europe, in: Patterns of Prejudice, 51(5), 396–411.
- Kanal Schnellroda (2023): „Vergangenheitspolitik und politische Gegenwart“ – Maximilian Krah auf der IfS-Tagung 2023, YouTube, 27.11.2023, <https://www.youtube.com/watch?v=S-3s4fAa9Ng>.
- KlardenkenTV (2024): LIVE | Politischer Frühschoppen, Gillamoos 2024, Odysee, 02.09.2024, <https://odysee.com/@Klardenkentv:6/gillamoos:2>.
- Kocyba, Piotr/Wetzel, Gideon (2024): EFBI Digital Report 2024–I. Reaktionen der extrem rechten sächsischen Telegram-Szene auf den 7. Oktober 2023, https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Digital%20Reports/2024_EFBI_DigitalReport_2024_1.pdf.
- Kopke, Christoph/Botsch, Gideon (2016): Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten, in: Glöckner, Olaf/Schoeps, Julius H. (Hg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme, Hildesheim: Georg Olms, 285–313.
- Korallenherz (2024): Uff. „Gestern Dresden, heute Gaza“..., Mastodon, 11.02.2024, <https://mastodon.social/@Korallenherz/111913058169883416>.
- Kubitschek, Götz (2025): Hinter den Linien. Tagebuch, in: Sezession, 25.07.2025, <https://sezession.de/68309/hinter-den-linien-tagebuch>.

- Lichtmesz, Martin (2023): Der Krieg in Israel und Palästina hat ein demographisches Fundament, in: Sezession, 12.10.2023, <https://sezession.de/68239/der-krieg-in-israel-und-palaestina>.
- Nicosia, Francis R. (2012): Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich, Göttingen: Wallstein.
- Perez Duarte, Mika/Fuchs, Dana/Gruber, Julius/Henßler, Vera (2024): Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik, in: Bundesverband RIAS (Hg.): Rechts-extremismus und Antisemitismus. Historische Entwicklung und aktuelle Ausdrucksformen, https://report-antisemitism.de/documents/24-12-11_BVRIAS_Rechsextremismus_Antisemitismus.pdf, 92–109.
- Phelps, Reginald H. (1968): Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte, 16(4), 390–420.
- Pohl, Jürgen (2023): Deutschland zuerst – Solidarität mit Tino Chrupalla!, Info-DIREKT, 12.10.2023, <https://info-direkt.eu/deutschland/deutschland-zuerst-solidaritaet-mit-tino-chrupalla>.
- Rajal, Elke (2025a): ‚Schuldkult‘ und ‚German Guilt‘. Rechte und linke Abwehr durch Projektion im Kontext des 7. Oktobers, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 31, Aachen, DOI: <https://doi.org/10.17883/5816>.
- Rajal, Elke (2025b): Guilt and Defense in the October 7 Debate in Germany: Right and Left Narratives of ‘Schuldkult’ and ‘German Guilt’, in: Journal of Contemporary Antisemitism, Spring Issue 2025, 8(1), 39–62.
- Redaktion Mut gegen rechte Gewalt (2009): Braune Aktivitäten: Nazis gegen Krieg?, in: Belltower News, 01.09.2009, Belltower.News, <https://www.belltower.news/braune-aktivitaeten-nazis-gegen-krieg-140559/>.
- Reichelt, Julian (2023): Baerbocks Blabla ist für Israel lebensgefährlich, in: NIUS, 25.10.2023, <https://www.nius.de/analyse/news/baerbocks-blabla-ist-fuer-israel-leben-sgefahrlich/f94f0947-df3d-4085-9c75-37f44cd15e69>.
- Rensmann, Lars (2001): Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin/Hamburg: Argument.
- Rensmann, Lars (2005): Demokratie und Judenbild: Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rensmann, Lars (2015): Zion als Chiffre: Modernisierter Antisemitismus in aktuellen Diskursen der deutschen politischen Öffentlichkeit, in: Schwarz-Friesel, Monika (Hg.): Gebildeter Antisemitismus: Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, Baden-Baden: Nomos, 93–116.
- Rensmann, Lars (2020): Die Mobilisierung des Ressentiments: Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD, in: Heller, Ayline/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Prekarer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland, Gießen: Psychosozial-Verlag, 309–342.
- Rensmann, Lars (2025): Politischer Antisemitismus im postfaktischen Zeitalter. Formen und Ursachen in Demokratien des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden: Nomos.

- Riebe, Jan (2019): AfD: Zwischen Pro-Israel-Bekundungen und Antisemitismus – Teil 1, Belltower.News, 28.11.2019, <https://www.belltower.news/die-afd-zwischen-pro-israel-bekundungen-und-antisemitismus-teil-1-93495/>.
- Salzborn, Samuel (2018): Antisemitism in the “Alternative for Germany” Party, in: German Politics and Society, 36(3), 74–93.
- Salzborn, Samuel (2019): Antisemitismus in der »Alternative für Deutschland«, in: Salzborn, Samuel (Hg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse – Debatten – Kontroversen, Baden-Baden: Nomos, 197–216.
- Schindler, Frederik/Alexander, Robin (2024): Alice Weidel: „Für eine Mäßigung gibt es überhaupt keine Veranlassung“, 26.08.2024, Die Welt, <https://archive.ph/EJ9qo>.
- Schreiber, Peter (2023): Nahost in Flammen – Droht der Dritte Weltkrieg?, 22.12.2023, Deutsche Stimme, <https://deutsche-stimme.de/ds-dezember-2023-januar-2024-nahost-in-flammen-droht-der-dritte-weltkrieg/>.
- Schreiter, Nikolai (2022a): Antisemitismus, Antizionismus und Ausnahmen. Positive Bezüge auf Israel und Zionismus von rechts in historischer Perspektive, in: Aschkenas, 32(2), 233–277.
- Schreiter, Nikolai (2022b): Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein: Neurechte Projektionen auf Israel, Angstlust und Sehnsüchte nach einer starken Nation, in: Vukadinović, Vojin Saša (Hg.): Randgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität, Bielefeld: transcript, 253–282.
- Schreiter, Nikolai (2023): Figuren der Rationalisierung. ›Ausnahmejuden‹ und ›jüdische Kronzeugen‹ im Antisemitismus der extremen Rechten, in: Roepert, Leo (Hg.): Kritische Theorie der extremen Rechten. Analysen im Anschluss an Adorno, Horkheimer und Co, Bielefeld: transcript, 221–248.
- Schreiter, Nikolai/Rensmann, Lars (2025): Codierte Feindbilder. Die AfD und der Antisemitismus vor und nach dem 7. Oktober, in: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hg.): Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023, Baden-Baden: Georg Olms, 207–233.
- Stadler, Ralf (2023): Soll Deutschland Waffen an Israel liefern ..., Telegram, 02.11.2023, https://t.me/RalfStadler_MdL/2309.
- Team Bystron (2023a): Reitz-Thema: Chrupalla, Weidel: Wie deutsche Politik mit den AfD-Fällen umgeht, ist beschämend..., Telegram, 07.10.2023, <https://t.me/teambystron/4554>.
- Team Bystron (2023b): Drohungen und Attacken gegen AfD-Politiker..., Telegram, 07.10.2023, <https://t.me/teambystron/4556>.
- Team Bystron (2023c): In der Nacht zum 7. Oktober erfolgte ein Farbanschlag..., Telegram, 07.10.2023, <https://t.me/teambystron/4557>.
- Ultsch, Christian (2025): Likud dockt bei Allianz der Patrioten an, bleibt aber auf Distanz zur FPÖ, in: Die Presse, 13.02.2025, <https://www.diepresse.com/19360639/likud-dockt-bei-allianz-der-patrioten-an-bleibt-aber-auf-distanz-zur-fpoe>.
- UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (2025): Claims Versus Facts, <https://www.unrwa.org/unrwa-claims-versus-facts-2025>.

- Wahl-O-Mat (2025): Standpunkte | Wahl-O-Mat, https://www.wahl-o-mat.de/bundestagswahl2025/app/_main_app.html.
- Wandler, Reiner (2025): „Patrioten für Europa“ – mit FPÖ – kündigen in Madrid ihre „Reconquista“ an, in: Der Standard, 09.02.2025, <https://www.derstandard.at/story/300000256576/patrioten-fuer-europa-mit-fpoe-kuendigen-in-madrid-ihre-reconquista-an>.
- Weber, Fabian (2022): Deutsche Schuld und planetarischer Größenwahn: Die Neue Rechte und der Störfaktor Israel, in: Vukadinović, Vojin Saša (Hg.): Randgänge der Neuen Rechten. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität, Bielefeld: transcript, 387–416.
- Weiβ, Volker (2024): Wenn Rechte jauchzen. Deutschlands Rechte, der 7. Oktober und der Antisemitismus, in: Bittermann, Klaus/Martini, Tania (Hg.): Nach dem 7. Oktober: Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen, Berlin: Edition Tiamat, 139–146.
- Wolters, Bruno (2023): Islamwissenschaftler Tillschneider zum Gaza-Krieg: Was sind die Hintergründe?, in: Freilich Magazin, 13.10.2023, <https://www.freilich-magazin.com/welt/islamwissenschaftler-tillschneider-zum-gaza-krieg-was-sind-die-hintergruende>.
- Zarbock, Luca (2024): Zwischen Äquidistanz und Antisemitismus: Die Berichterstattung rechter Alternativmedien über den Gazakrieg 2023/24, in: Zarbock, Luca/Richter, Salome/Seul, Marc/Thurau, Franziska/Borsch, Andreas/Gärtner, Luisa/Schmidt, Lennard/Seiler, Dorothea (Hg.): Antisemitismus zwischen Latenz und Leidenschaft. Kommunikations- und Äußerungsformen des Judenhasses im Wandel, Opladen: Barbara Budrich, 243–258.

